

Zusammenfassendes Protokoll des vierten Bürgerforums „DialogGeo“ im Rahmen des Geothermieprojekts der ÜWG

19.03.2013, 18:30-22:00 Uhr, Stadthalle Groß-Gerau

Anwesend: ca. 130 Personen



1. Einführung

Matthias Holenstein, Geschäftsführer der Stiftung Risiko-Dialog eröffnet den Abend mit einem Überblick über den Dialog-Prozess. Für das vierte Bürgerforum zum Geothermieprojekt der ÜWG haben der Beirat und die Stiftung Risiko-Dialog verschiedene Anwohner und Vertreter kritischer Bürgerinitiativen eingeladen, um mit ihnen ihre Sichtweise auf die tiefe Geothermie zu diskutieren. Ziel des Abends ist es, von anderen Projekten zu lernen und die Fragen der Bürgerinnen und Bürger aus der Region Groß-Gerau zu erörtern. Weiter haben die Bürger an diesem Abend die Möglichkeit, ihre Meinung zum Geothermieprojekt in einem Stimmungsbarometer anzugeben.

→ Link zur Präsentation (www.dialoggeo.de/medien)

2. Stellungnahmen der Podiumsteilnehmenden

In kurzen Stellungnahmen berichten die skeptischen Betroffenen über ihre Erfahrungen mit der Geothermie und was daraus für das Geothermiekraftwerk der ÜWG gelernt werden kann. Ute Bauer, Anwohnerin des Kraftwerks in Insheim bemängelt in Ihrer Stellungnahme die Informationspolitik der dortigen Betreiber. Verschiedene negative Sachverhalte würden heruntergespielt und die Bevölkerung werde nicht informiert. Frau Bauer kritisiert die mangelnde Transparenz am Beispiel des Pumpenschadens von Mitte Februar 2013. Weiter geht sie auf das induzierte Erdbeben mit Magnitude 2.0 ein, das sich kurz darauf in der Region ereignet hat und berichtet von dadurch verängstigten Bekannten.

Peter Peters von der BI Geothermie Brühl Ketsch e.V. geht neben seinen Erfahrungen mit dem Geothermieprojekt in Brühl insbesondere auf die Nachteile der Geothermie ein. Sie sei

viel teurer als konventionelle Kohle- oder Atomkraftwerke, die Strom zu 5ct/KWh produzieren würden, und habe im Vergleich dazu eine viel geringere, kaum lohnenswerte Produktionsmenge. Laut Herr Peters würde eine Auflistung gescheiterter Geothermieprojekte die vielen Schäden und Unzulänglichkeiten zeigen, die mit dieser Technologie verbunden sind. Deshalb mache bei den mit der Geothermie verbundenen Risiken ein Betrieb in Deutschland keinen Sinn. In Island sei das etwas anderes, betonte Herr Peters. Dort wohnten keine Menschen in der Nähe der Kraftwerke. Wichtig sei, dass die Überwachung wichtiger Werte während des Kraftwerkbetriebs, wie der Einpressdruck der Fluide, durch eine unabhängige Fachstelle durchgeführt würde.

Jürgen Bauer aus Insheim berichtet, wie er und seine Frau nach der Rente vor drei Jahren aus der Nähe von Mannheim nichtsahnend ins ländliche Insheim gezogen seien. Wie seine Frau, bemängelt auch er die Informationspolitik der Betreiber. Herr Bauer hatte bei verschiedenen Verantwortlichen in Insheim versucht, Antworten auf seine Fragen zur Geothermie zu erhalten. Doch habe er von den meisten keine Rückmeldungen erhalten. In Insheim sei es bisher zu elf Schadensmeldungen gekommen. Die Betreiber hätten die Geschädigten zwar kulant entschädigt, doch mussten die Empfänger von Entschädigungen einen Vertrag unterschreiben, in dem Sie versicherten, dass Sie die Schäden nicht publik machten. Zudem würden grosse Mengen Isopentan im obertägigen Teil der Kraftwerke zirkulieren. Dieses Isopentan sei hochentzündlich und im Falle eines Austritts umweltgefährdend.

Werner Müller, Vorsitzender der BI Landau schildert in seiner Stellungnahme seine Auseinandersetzung mit den Betreibern und den Behörden in Landau. Herr Müller macht die Geothermie für Schäden an seinem Bürogebäude in der Nähe des Geothermiekraftwerks verantwortlich. Er zählt eine Reihe von Nachteilen auf, die er bei der der Geothermie sieht. Dazu gehöre neben den induzierten Erdbeben, die nicht gegebene Grundlastfähigkeit, der ungenügende Wirkungsgrad, die Erwärmung der Umwelt durch ungenützte Abwärme, die erhöhte Radonbelastung in Gebäuden und die Dampfemissionen.

Dr. Johann-Gerhard Fritsche vertritt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG). Er betont in seiner Stellungnahme die Rolle des HLUG als beratende aber nicht genehmigende Behörde. Zu den Aufgaben des HLUG gehöre die Untersuchung und Bewertung der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft. Im Zusammenhang mit Geothermie erarbeite das HLUG Grundlagen und Stellungnahmen für bergrechtliche Genehmigungsverfahren. Dr. Fritsche gibt zudem einen Überblick über die 3 D-Modellierung der geothermischen Tiefenpotenziale von Hessen („Hessen 3 D) die in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt durchgeführt wurden. Ausserdem ist das HLUG auch am seismischen Monitoringprojekt „SIMON“ beteiligt. → Link zur Präsentation (www.dialoggeo.de/medien)

3. Diskussion

Nach den Stellungnahmen der externen Gäste folgt eine Diskussion auf dem Podium, bei der die Fragen des Publikums behandelt werden. Neben den fünf externen Gästen, diskutiert auch Dr. Horst Kreuter von GeoT mit. Die Moderation übernehmen Matthias Holenstein und Dr. Lasse Wallquist von der Stiftung Risiko-Dialog.

Die Diskussionen werden teilweise sehr emotional geführt. In einem Punkt ist man sich einig: Eine sorgfältige Vorbereitung, transparente Information des Betreibers und ein belastbares Konzept zur Schadensregulierung sind absolut zentral. Daran wird sich ÜWG messen lassen müssen, wenn sie ein Projekt „mit und nicht gegen die Bevölkerung“ realisieren will. Der Beirat soll diese Aspekte in seiner Arbeit integrieren und Sicherungen einfordern. Entsprechende Forderungen finden viel Applaus und zeigen deutlich, was beschäftigt. Alleine auf Vertrauen gegenüber der ÜWG wollen die Anwesenden nicht setzen. So wird der Wunsch geäußert, der Betreiber solle die gesetzlich vorgeschriebenen Emissionswerte nicht nur einhalten, sondern diese auch unterbieten. Die Fragen zielen auf Transparenz bei der Bohrung und im Betrieb, der Verbindlichkeit des Genehmigungsverfahrens sowie der Rolle der Aufsicht.

Einige Teilnehmende üben grundsätzliche Kritik an der tiefen Geothermie. Aufgrund ihrer Erfahrungen und Überlegungen seien „die Finger davon zu lassen“. Die Frage, wie das Vorgehen in einem Ereignisfall aussieht, wenn dieser trotz umfangreicher Tests und Messungen eintreten würde, zeigt die Besorgnis gewisser Bürger. Zahlreiche Teilnehmende betonen andererseits, dass sie nicht grundsätzlich gegen Geothermie seien, sie aber klare Sicherheiten in den angesprochenen Themen bräuchten. Auch wenn im Saal zu Beginn die kritischen Stimmen überwogen, zeigen sich gegen Ende auch Befürworteter, die u.a. auf die Notwendigkeit der Energiewende und der dezentralen Stromproduktion hinweisen. Ein für die Gesamtbevölkerung nicht repräsentatives Stimmungsbarometer zeigt, dass eine Mehrheit der Anwesenden die Nutzung der Geothermie nicht grundsätzlich ablehnt und trotz der einseitig „skeptisch“ ausgewählten Referenten, einer Nutzung der Geothermie – unter strengen Auflagen zustimmt (siehe Anhang). Entsprechende Versprechen der ÜWG werden aufmerksam zur Kenntnis genommen. Dies gilt insbesondere für die Aussage des Geschäftsführers der ÜWG, dass „Sorgfalt vor Geschwindigkeit“ gehe. Wertgeschätzt wird auf jeden Fall, dass sich das Unternehmen die Zeit für den gesamten Dialogprozess nimmt, um aufgrund der dabei gemachten Erkenntnisse über das „ob“, „wo“ und „wie“ eines möglichen Geothermieprojekts in Groß-Gerau zu entscheiden.

4. Ausblick

Zum Abschluss gibt Matthias Holenstein noch einmal einen Überblick über den Bürgerdialog zum Geothermieprojekt der ÜWG. Nach vier Bürgerforen und vielen Beiratssitzungen wird in den nächsten Wochen der Beirat seine Forderungen an die ÜWG in den vier Themenfeldern Umwelt- und Flächenschutz, Wertschöpfung und Nutzenoptimierung, Risikobewertung und -regulierung sowie Information und Kommunikation formulieren. Diese Positionspapiere sollen den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eine konkrete Form geben. Am Schlussforum gegen Ende April findet eine Integration der Ergebnisse des Bürgerdialogs statt und der Beirat wird seine Forderungen an die ÜWG präsentieren. Danach folgt die Entscheidung der ÜWG, ob und wo ein Geothermieprojekt realisiert wird.

Informationen zu neuen Terminen werden auf www.dialoggeo.de und via Presse zeitnah zur Verfügung stehen.

Anhang

Die unten abgebildeten Fotos zeigen die beiden Stimmungsbarometer, die als DIN A1 Plakate an den Ausgängen der Stadthalle angebracht wurden. Die drei vorgegebenen Antwortkategorien waren von der Arbeitsgruppe D (Information & Kommunikation) des Beirats entworfen worden. Vor jedem Stimmungsbarometer stand ein Mitglied des Beirats, welches die Bürgerinnen und Bürger beim Verlassen der Stadthalle aufforderte ihre Einstellung zum Geothermieprojekt mit einem Kreuz auf dem Stimmungsbarometer anzugeben. Von den ca. 130 anwesenden Personen kamen ca. 100 Personen dieser Aufforderung nach. Die Resultate dieses Stimmungsbarometers können nicht als repräsentative Zustimmungsmessung in der Region Groß-Gerau betrachtet werden.

